

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Elif Eralp, Ferat Koçak, Niklas Schrader und Tobias Schulze (LINKE)**

vom 09. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Oktober 2023)

zum Thema:

Maßnahmen aus dem Berliner Sicherheitsgipfel

und **Antwort** vom 25. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Oktober 2023)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Frau Abgeordnete Elif Eralp (Die Linke),
Herrn Abgeordneten Ferat Koçak (Die Linke),
Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (Die Linke) und
Herrn Abgeordneten Tobias Schulze (Die Linke)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16971
vom 09. Oktober 2023
über Maßnahmen aus dem Berliner Sicherheitsgipfel

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie hoch sind die veranschlagten Kosten für jede der 30 Maßnahmen, die beim Berliner Sicherheitsgipfel am 8. September 2023 im Rahmen des veröffentlichten Maßnahmenpapiers beschlossen wurden? (Bitte für jede Maßnahme einzeln auflisten)

Antwort zu 1:

Eine Maßnahmenplanung einschließlich einer Kostenveranschlagung für Maßnahmen, die beim Berliner Sicherheitsgipfel am 8. September 2023 im Rahmen des veröffentlichten Maßnahmenpapiers beschlossen wurden, wird von den jeweils zuständigen Verwaltungsbereichen vorbereitet. Kosten für Maßnahmen können derzeit noch nicht verlässlich beziffert werden.

Frage 1a:

In welchen Einzelplänen und Titeln des Entwurfs für das „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025“ wurden Mittel für die beschlossenen Maßnahmen eingestellt und in welcher Höhe und für welche der im Maßnahmenpapier zum Sicherheitsgipfel erwähnten Maßnahmen (Bitte einzeln auflisten)?

Antwort zu 1a:

Der Senat hat den Haushaltsplanentwurf am 11. Juli 2023 beschlossen, somit sind die Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Sicherheitsgipfel bisher nicht berücksichtigt und nicht in Einzelplänen etatisiert. Die Haushaltsberatungen laufen derzeit und das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird voraussichtlich im Dezember 2023 vom Abgeordnetenhaus von Berlin (AGH) beschlossen. Erst dann können konkrete Angaben zu ggf. eingestellten Mitteln für beim Sicherheitsgipfel beschlossene Maßnahmen gemacht werden.

Frage 1b:

Mit welcher Gegenfinanzierung sollen die finanziellen Mittel, soweit sie nicht im Haushaltsgesetz 2024/2025 eingestellt wurden, bereitgestellt werden? Wird der Senat dem Abgeordnetenhaus oder einzelnen Fraktionen hierzu Vorschläge unterbreiten?

Antwort zu 1b:

Da zum derzeitigen Zeitpunkt nicht angegeben werden kann, inwieweit finanzielle Mittel für beim Sicherheitsgipfel beschlossene Maßnahmen im Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 eingestellt werden, können auch keine ggf. erforderlichen Gegenfinanzierungen benannt werden.

Frage 2:

Gibt es bereits festgelegte Zeitpläne für die Umsetzung dieser Maßnahmen für den Görlitzer Park und wie sind diese genau (bitte einzeln für jede Maßnahme mit Zeitplan auflisten)? Wenn nein, warum nicht und wann ist voraussichtlich mit entsprechenden Informationen zu rechnen?

Antwort zu 2:

Nein. Wie bereits zu Frage 1 dargestellt, erfolgt aktuell in enger Abstimmung mit allen beteiligten Akteuren die Maßnahmenplanung.

Frage 3:

Beabsichtigt der Senat, bauliche Maßnahmen in und am Görlitzer Park auch gegen den Willen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg durchzusetzen und wenn ja, welche und auf welcher Rechtsgrundlage?

Antwort zu 3:

Es findet eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg statt, mit dem gemeinsamen Ziel, die Situation im und am Görlitzer Park zu verbessern. Der Senat ist optimistisch, dass auf dieser Grundlage tragfähige Lösungen gefunden werden können.

Frage 4:

Welche spezifischen sozialen und gesundheitspolitischen Programme und Unterstützungsmaßnahmen wurden seitens des Senats bereits eingeführt, um den Bedürfnissen von Drogenkonsument*innen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden? Wann wurden diese Maßnahmen implementiert und welche Ergebnisse wurden bisher erzielt?

Antwort zu 4:

Das Berliner Suchthilfesystem setzt bei der Umsetzung der Drogen- und Suchtpolitik auf vier Säulen. Die erste Säule „Prävention“ zielt darauf ab, den Gesundheitsschutz zu verbessern bzw. die Gesundheitsförderung zu stärken und Früherkennung zu bewerkstelligen.

„Beratung und Behandlung“ bilden die zweite Säule. Hier steht die Verhaltensänderung im Vordergrund. Angebote in diesem Bereich zielen darauf ab eine Therapie vorzubereiten, sie anzubieten oder auch die Betreuung in der Folge einer Behandlung zu gewährleisten.

Die dritte Säule „Überlebenshilfen und Schadensreduzierung“ hat zum Ziel, individuelle und gesellschaftliche Schäden zu reduzieren.

Die vierte Säule „Repression und Reduzierung des Angebots“ ist Aufgabe der Sicherheits- und Ordnungspolitik.

Im Zusammenhang mit den Säulen eins, zwei und drei hält das Land Berlin ein umfangreiches Netzwerk an Hilfeangeboten im Gesundheitsbereich vor. Dazu gehören

- Maßnahmen der Suchtprävention, Früherkennung und Frühintervention
- niedrigschwellige Angebote, um Kontakt herzustellen, über Risiken zu informieren und in das Hilfesystem zu vermitteln, wie Kontaktstellen und Drogenkonsumräume.
- Beratungsangebote, über die regionalen Suchtberatungsstellen
- Entgiftungsplätze in den Krankenhäusern nach SGB V
- Angebote für stationäre und ambulante Rehabilitation nach SGB VI
- Betreutes Wohnen für Suchtkranke und Substituierte nach SGB IX und XII
- Qualifizierung sowie Arbeit und Beschäftigungsmaßnahmen für Suchtkranke und Substituierte

- Substitutionsbehandlung durch niedergelassene Ärzte und ambulante psychosoziale Betreuung für Substituierte im Rahmen der Sozialen Teilhabe (Assistenz) nach SGB IX
- die Suchtselbsthilfe

Mit der Implementierung der ersten Maßnahmen wurde bereits in den 1970er Jahren begonnen. Seitdem wurde das Angebot kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut, um sich den veränderten Bedarfen in Berlin anzupassen.

Um der Situation konsumierender Menschen im Görlitzer Park und im Umfeld des Görlitzer Parks Rechnung zu tragen, stehen folgende Angebote zur Verfügung:

Der Kontaktladen SKA mit integriertem Drogenkonsumraum in der Reichenberger Str. 131 besteht seit Ende 2011 und befindet sich fußläufig vom Görlitzer Park. Träger ist die Fixpunkt gGmbH. Neben der Möglichkeit in den Räumen selbstmitgebrachte Substanzen unter medizinischer Aufsicht zu konsumieren, gehören lebenspraktische Hilfen zum Angebot der Einrichtung für die suchtkranken Menschen. Von 2017 bis 2022 verzeichnet die Einrichtung insgesamt 58.738 Konsumvorgänge.

Seit 04. Oktober 2023 wird über das Projekt „Mobiles Drogenkonsumraum-Team“ ein Beratungsmobil (ohne Konsummöglichkeit) aktuell von Di - Fr von 9.30 - 12.30 Uhr am Görlitzer Park (neben Haus 2) eingesetzt. Träger ist der Fixpunkt e.V. In der Zeit vom 04. bis 10.10.2023 fanden 72 Kontakte, darin 30 x Konsumutensilienvergaben / 8 x Beratungen/ 1 x Vermittlung statt.

Die für Gesundheit zuständige Verwaltung fördert im Rahmen des Handlungsfeldes „HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen sowie Hepatitiden“ im Integrierten Gesundheits- und Pflege-Programm (IGPP) das Projekt Mobilix des Trägers Fixpunkt e.V. Ziel von Mobilix ist die Vermeidung und Verringerung gesundheitlicher Risiken und Schäden, die durch injizierenden Drogenkonsum und den daraus resultierenden Lebensbedingungen entstehen können. Mobilix bietet u.a. im Görlitzer Park an vier Tagen in der Woche an 13 Stunden Leistungen mit dem Kontakt- und Beratungsmobil, aber auch mit dem Gesundheitsmobil an. Bei Bedarf ist Beratung und/oder Sprachmittlung in unterschiedlichen Sprachen möglich. Darüber hinaus bietet Mobilix zusätzlich Streetwork, settingbezogene Aktionen der Gesundheitsförderung, aber auch Multiplikator/-innen- und Zielgruppenschulungen für kooperierende Einrichtungen der Wohnungslosen- und Geflüchtetenhilfe an. Mobilix ist darüber hinaus am Leopoldplatz und in Wohnungs- und Obdachloseinrichtungen aktiv. In diesem Handlungsfeld wird auch das Projekt „Niedrigschwellige medizinische Versorgung von i.v.drogenabhängigen Frauen“ des Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V. gefördert. Das Projekt ist im Kurfürstentempelhof angesiedelt und bietet niedrigschwellige medizinische Hilfen, Beratung rund um das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) und Aufsuchende und ab 2022 sozialarbeiterische Aufsuchende Vor-Ort-Arbeit an.

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) unterstützt gesamtstädtisch ausgerichtete niedrigschwellige Angebote der Wohnungsnotfallhilfe durch Zuwendungen im Integrierten Sozialprogramm/ISP. Diese richten sich an den Personenkreis wohnungsloser Menschen, die die Regelversorgung noch nicht erreicht hat und die sich vorwiegend auf der Straße aufhalten.

Dabei handelt es sich um Beratungsstellen, Notübernachtungen, aufsuchende Sozialarbeit, ambulante medizinische Versorgung, Bahnhofsdienste sowie ein Hygieneangebot. Hinzu kommen die niedrigschwelligen Angebote der Kälte- und Hitzehilfe sowie 24/7-Unterkünfte. Die aufsuchende Straßensozialarbeit umfasst u. a. den Kiez um den Görlitzer Park sowie den Wrangelkiez. Seit dem DHH 2020/2021 fördert die SenASGIVA mit zusätzlichen Mitteln eine gesonderte Stelle Soziale Arbeit beim Träger Gangway e.V. Dabei kooperieren die Träger Gangway e.V. sowie Fixpunkt e.V. als drogenspezifische Träger eng miteinander.

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist seit Jahrzehnten ein leistungsstarkes und ausdifferenziertes Hilfesystem für wohnungs- und obdachlose Menschen etabliert, welches die genannten Hilfebausteine in nirgendwo anders erreichter Dichte aufweist:

- eine halbjährlich geförderte gesamtstädtische Notübernachtung Am Containerbahnhof,
- diverse Angebote der Berliner Kältehilfe (mit aktuell 265 Plätze in Notübernachtungen und 55 Plätzen in Nachtcafés in der Saison 2023/2024),
- drei ganzjährige durch den Bezirk geförderte Wohnungslosentagesstätten (WoTas) an unterschiedlichen Standorten
- seit 01.05.2023 ein zentraler Tagestreff für wohnungslose Menschen in den Räumen der Notübernachtung Am Containerbahnhof,
- ambulante medizinische Versorgung,
- im Sommer 2022 und 2023 wurde in der Tabor-Kirchengemeinde ein Projekt im Rahmen der Hitzehilfe gefördert.

Ziel der niedrigschwelligen Angebote ist die Integration der Menschen in die Regelversorgung – z. B. Unterbringung, Leistungen nach dem SGB II und XII.

Die Projekte wenden sich an Menschen, die noch nie im Versorgungssystem waren, dort herausgefallen oder noch integriert sind. Vor diesem Hintergrund gibt es immer wieder Überschneidungen, was die Definition der Zielgruppen angeht. Ordnungsbehördlich untergebrachte Menschen können ebenso erfasst sein wie Leistungsberechtigte gemäß § 67 ff. SGB XII.

Seit dem Jahr 2004 werden die durch die SenASGIVA geförderten Einrichtungen und Dienste der Wohnungslosenhilfe in einer personenbezogenen Dokumentation erfasst und ausgewertet. Damit liegen diese Zielgruppen jährliche Dokumentationen vor, mit denen die Arbeit der Dienste differenziert analysiert wird und detaillierte Erkenntnisse über die Zielgruppen in den Jahresvergleichen gewonnen werden. Die statistischen Auswertungen erfolgen durch die

Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. (QSD) im Auftrag der SenASGIVA und sind auf der Website abrufbar: <https://www.qsd-online.de/statistik>

Frage 5:

Welche Maßnahmen sind geplant oder bereits implementiert worden, um Parkläufer*innen, Kiezhausmeister*innen, Staatsanwält*innen, Polizeibeamt*innen und anderes Personal, das in die Umsetzung dieser Sicherheitsmaßnahmen involviert ist, in Bezug auf Diskriminierungssensibilität und die Vorgaben aus dem Landesantidiskriminierungsgesetz zu unterstützen und zu schulen?

Antwort zu 5:

Grundsätzlich geht der Senat davon aus, dass alle verantwortlichen Behörden und landeseigenen Einrichtungen selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass ihre Dienstkräfte bzw. beauftragte Externe, die in direktem Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern stehen, im Rahmen ihrer Tätigkeit diskriminierungssensibel agieren und die Vorgaben aus dem Landesantidiskriminierungsgesetz kennen und beachten.

Im Rahmen der LADS-Akademie werden Diversity-Trainings und LADG Fortbildungen für Verwaltung und Zivilgesellschaft angeboten, die auch den in der Frage benannten Gruppen offenstehen.

Im Rahmen des Pilotprojekts Parkbetreuung sind Parkläuferinnen und Parkläufer in ausgewählten Berliner Grünanlagen bereits seit 2019 im Einsatz. Sie sind als bürgernahe Ansprechpersonen vor Ort präsent und in der Gebietskontrolle tätig. Sie sollen das soziale Miteinander und das gegenseitige Verständnis der vielen Parkbesucherinnen und Parkbesucher untereinander und im Umgang mit dem Berliner Stadtgrün fördern, um so Konflikte in und Schäden an den Park- und Grünanlagen zu verhindern. Es sollten möglichst vielfältige Teams mit Diversity- und interkulturellen Kompetenzen zum Einsatz kommen, um eine angemessene und sensible Ansprache der Zielgruppen sicherzustellen. Auch bei zukünftigen Ausschreibungen der Dienstleistungen sollte das Thema Diskriminierungssensibilität beachtet werden. Die Umsetzung der Parkbetreuung und die Ausschreibung der Dienstleistung erfolgt eigenverantwortlich durch die Berliner Bezirke.

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte können bislang über die Verwaltungsakademie Berlin und die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz an Schulungen teilnehmen, die Themen zur Diskriminierungssensibilität und die Vorgaben aus dem Landesantidiskriminierungsgesetz beinhalten. Für Führungskräfte sind diese Fortbildungen verpflichtend. Darüber hinaus ist angedacht, eine Inhouse-Schulung für den Bereich anzubieten. Die Planung der Inhouse-Schulungen für das nächste Jahr beginnt gerade erst und ist noch nicht abgeschlossen.

Das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt (GJPA) bietet – teilweise auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen - fakultative Fortbildungsveranstaltungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Amtsanwältinnen und Amtsanwälte an, die sich mit dem Themenkomplex „Diskriminierungssensibilisierung“ beschäftigen. Diese Fortbildungen sind fester Bestandteil des Fortbildungsangebotes des GJPA und werden in regelmäßigen Abständen wiederholt. Die hiesigen Angebote werden ergänzt durch die Angebote der Deutschen Richterakademie (DRA) zu den genannten Themengebieten.

Folgende Fortbildungsveranstaltungen für u.a. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus der Berliner und Brandenburger Justiz sind seit 2021 zu diesem Themenbereich angeboten und durchgeführt worden:

- Vielfalt in der Justiz (2023, 3-tägig (DRA))
- Landesantidiskriminierungsrecht für Führungskräfte (1-tägig, 2023, GJPA)
- Einführung in das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) (2022, 1-tägig, GJPA)
- Fachtagung Antisemitismus (2021, 2022 und 2023, 1-tägig, GJPA)
- Modul Genderkompetenz im Rahmen der Fortbildungsreihe „Perspektive Führung“ (2022, ½-tägig und 2023, 1-tägig, jeweils GJPA)
- Grundlagen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und der Beschwerdebearbeitung für AGG-Beschwerdestellen (2023, 1-tägig, GJPA)
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (2022, 2-tägig, GJPA)
- Interkulturelle Kompetenz (2022, 2023, 2-tägig, GJPA)
- Gesundheitsorientierte Führung (2023, 2-tägig, GJPA)
- Hate Speech – homofeindliche und transfeindliche Hasskriminalität (2023, 1-tägig, GJPA)
- Grundlagen des AGG und der Beschwerdebearbeitung für AGG-Beschwerdestellen (2023, 1-tägig, GJPA)
- Interkulturelle Kompetenz (2021, 2022, 2023, 5-tägig, DRA)
- Rassismus – Eine Herausforderung für die Justiz (2022, 2023, 3-tägig, DRA)

Die Fortbildungsveranstaltungen werden fortlaufend evaluiert und ihre Erweiterung stetig überprüft.

Die Polizeiakademie der Polizei Berlin hat bereits seit längerer Zeit verschiedene Maßnahmen zu den Themenkomplexen Diskriminierungssensibilität und Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) implementiert und setzt diese konsequent in der Aus- und Fortbildung aller Polizeidienstkräfte um.

Im Rahmen der Fortbildung werden u. a. folgende Seminare angeboten:

- Workshop „Rechtspopulismus erkennen - Diskriminierung verhindern - handlungssicher agieren - Die Rolle der Führungskraft“
- Seminar zur Stärkung der interreligiösen Kompetenz mit dem „House of One“
- Seminar „Antisemitismus heute - Herausforderungen für die Polizei“

- Inhouse-Veranstaltung „Werte und Haltung“ mit den Schwerpunkten: diskriminierungssensibler Sprachgebrauch, Spannungsfeld „LADG - Racial Profiling – Aufenthaltsrecht“, Generationenkonflikt, diskriminierungssensibler Umgang mit LSBTIQ*
- Fortbildung von Führungskräften in den Bereichen „Diversity-Management“ und „verantwortungsbewusstes Führen durch Handlungssicherheit im Umgang mit Sexismus und politisch motiviertem Fehlverhalten“.

Darüber hinaus ist ein Seminar zum Thema „Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt in der Ausbildung“ für Wachleitende und Gruppenführende der Einsatzhundertschaften sowie ein Fortbildungsangebot zum Thema „diskriminierungssensibler Umgang mit LSBTIQ“ geplant.

Im Rahmen der Ausbildung des mittleren Dienstes wird die Thematik des LADG sowie des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Fach „Öffentliches Recht“ thematisiert und zusätzlich durch Mitarbeitende der Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung an die Nachwuchskräfte vermittelt.

Im Fach Ethik werden ethische Herausforderungen in der polizeilichen Arbeit und an das Verhalten in Einsatzsituationen thematisiert.

Darüber hinaus sind im Rahmen der Ausbildung folgende weitere Seminare obligatorisch:

- Zweitägiges Seminar zur Stärkung der migrationsgesellschaftlichen Kompetenz
- Workshop zum Thema „Werte und Haltung“
- Tagesseminar zur Informations- und Hinweisgabe zum diskriminierungssensiblen Umgang mit LSBTIQ* mit Mitarbeitenden der Einrichtung „MANEO - Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin“
- Verhaltenstraining zur diskriminierungsfreien Kommunikation und Entstehung von Vorurteilen.

Zudem ist derzeit ein handlungsorientierter Unterricht zur Vermeidung von „Racial Profiling“ in Planung.

Im Bachelorstudiengang „Gehobener Polizeivollzugsdienst“ findet eine intensive Auseinandersetzung mit Themenfeldern der direkten und indirekten sowie institutionellen und strukturellen Diskriminierung im Rahmen verschiedener Formate statt. Diskriminierung/Antidiskriminierung wird spartenübergreifend in unterschiedlichen Pflichtmodulen der Sozial- und Rechtswissenschaften behandelt. Gleichzeitig wird die Thematik auch aus dem Blickwinkel der Politikwissenschaft beleuchtet.

In den Vertiefungsmodulen im vierten und sechsten Fachsemester werden regelmäßig Veranstaltungen angeboten, die sich mit direkter und indirekter sowie institutioneller und struktureller Diskriminierung auseinandersetzen.

Im Rahmen des Lehrgangs der Tarifbeschäftigten des Objektschutzes bzw. bei ähnlichen Qualifizierungsmaßnahmen werden folgende Themen erörtert:

- Bedeutung der Grundrechte, insbesondere Art. 1, 2 und 3 GG
- Vertiefung zu den Diversity-Dimensionen sexuelle Orientierung und sexuelle Identität insbesondere Sensibilisierung für Probleme und Diskriminierungen transgeschlechtlicher Personen
- Gesellschaftliche Vielfalt mit den Schwerpunkten rechtlichen Grundlagen und diskriminierungssensibler Sprachgebrauch.

Zur Thematik des Antisemitismus werden der Projekttag „Jüdisches Leben in Berlin“ und das Seminar „Antisemitismus heute – Herausforderungen für die Polizei“ angeboten.

Neben den bereits dargestellten Maßnahmen steht die von der Verwaltungsakademie entwickelte Lernanwendung zum LADG der Polizei Berlin zur Verfügung. Die Durchführung ist allen Mitarbeitenden jederzeit über eine Online-Lernplattform möglich.

Zusätzlich werden die Lehrkräfte bzw. Mitarbeitenden der PA entsprechend geschult sowie Lehrmaterialien und Kursbeschreibungen hinsichtlich möglicher Diskriminierungen überarbeitet.

Die Polizei Berlin plant die Einrichtung eines Ethikzentrums, in dem folgende Inhalte vermittelt werden sollen:

- Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt anhand der Leitfrage „Sind in der Gesellschaft wirklich alle gleich?“
- Umgang mit marginalisierten Gruppen
- Diversität in der Polizei.

Frage 6:

Welche Strategie verfolgt die Polizei aktuell am Görlitzer Park und am Leopoldplatz im Hinblick auf den Verkauf und den Konsum von Drogen? Gibt es eine neue Null-Toleranz-Strategie? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen?

Antwort zu 6:

Innerhalb der Polizei Berlin existiert im Zusammenhang mit Betäubungsmittelkriminalität keine sogenannte „Null-Toleranz-Strategie“; vielmehr handelt die Polizei Berlin bei der Verfolgung von Straftaten stets nach dem Legalitätsprinzip.

Die Grünanlage Görlitzer Park ist Teil des kriminalitätsbelasteten Orts (kbO) Görlitzer Park/Wrangelkiez. Es werden alle rechtlich zulässigen und gebotenen Maßnahmen auf Grundlage der polizeilichen Einsatzkonzeption „Kreuzberg Nord“ getroffen. Dazu gehören im Rahmen der kontinuierlichen polizeilichen Präsenz und der Erhöhung der Wahrnehmbarkeit von Dienstkräften

der Polizei Berlin beispielsweise Personen- und Fahrzeugüberprüfungen, Präventionsrundgänge unter städtebaulichen Sicherheitsaspekten, Verkehrsüberwachungsmaßnahmen wie Geschwindigkeitsmessungen, die Vollstreckung von Haftbefehlen oder der Einsatz von Rauschmittelspürhunden, der mobilen Wache sowie des polizeilichen Videoanhängers. Darüber hinaus wurden verdeckte operative Maßnahmen intensiviert.

Für die Entwicklung des Leopoldplatzes und dessen Umgebung ist der örtlich zuständige Polizeiabschnitt (A) 17 seit dem Jahr 2009 integraler Bestandteil eines breit gefächerten Netzwerks und beteiligt sich aktiv.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf und dem Konsum von Betäubungsmitteln setzt die Polizei Berlin auf eine Erhöhung der Wahrnehmbarkeit der Einsatzkräfte, insbesondere durch Einsatz einer Brennpunktstreife am Leopoldplatz. Hierbei wird der Kontaktbereichsdienst miteinbezogen.

Die Präsenzmaßnahmen werden zudem durch das Präventionsteam des A 17 unterstützt, welches bei Bedarf und insbesondere im Aufenthaltsbereich der ansässigen Suchtkrankenszene Präventions- und Beratungsgespräche durchführt.

Hierdurch soll ein Vertrauensverhältnis zur Polizei hergestellt und somit sich abzeichnende Konfliktlagen frühzeitig erkannt und verhindert werden.

Frage 7:

Wie viele Festnahmen und Inhaftierungen gab es in den letzten fünf Jahren im Görlitzer Park und am Leopoldplatz und mit welchen Deliktswürfen? Wie viele Verfahren wurden zur Anklage gebracht, wie häufig kam es zu einer Verurteilung wegen welcher Delikte und wie häufig zu Einstellungen oder Freisprüchen?

Antwort zu 7:

Eine Recherche im Sinne der Fragestellung zu festgenommenen Personen ist im automatisierten Verfahren nicht möglich. Hilfsweise wird die Anzahl aller Vorgänge mit mindestens einer ermittelten tatverdächtigen Person sowie die Anzahl aller ermittelten tatverdächtigen Personen übermittelt. Dabei wird im Hinblick auf den Görlitzer Park der gesamte kbO Görlitzer Park/Wrangelkiez betrachtet. Die angegebenen Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Datawarehouse Führungsinformation (DWH FI) entnommen. Da DWH FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) erfassten Daten widerspiegelt, unterliegt der Datenbestand einer fortlaufenden Änderung. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen. Die Anzahl von Vorgängen mit ermittelten tatverdächtigen Personen ist grundsätzlich geringer als die Anzahl ermittelter tatverdächtiger Personen selbst, da pro Vorgang auch mehrere tatverdächtige Personen erfasst sein können. Die Daten sind der beigefügten Tabelle zu entnehmen.

Frage 8:

Von wem ist der Regierende Bürgermeister, wie die Senatssprecherin gegenüber dem „Tagesspiegel“ (02.10.2023) angab, dahingehend „falsch informiert worden“, dass er in der Öffentlichkeit die Behauptung verbreitet hat, der New Yorker Central Park sei umzäunt und deshalb sicherer geworden?

Antwort zu 8:

Der Regierende Bürgermeister ist von einem Mitarbeiter der Senatskanzlei zur Umzäunung des New Yorker Central Parks bedauerlicherweise falsch informiert worden.

Berlin, den 25.10.2023

In Vertretung
Britta Behrendt
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Anzahl ermittelter tatverdächtiger Personen am kbO Görlitzer Park/ Wrangelkiez

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	gesamt
Automateneinbruch	0	0	3	2	49	0	54
Baustelleneinbruch	0	1	0	0	0	0	1
Beförderungs-, Leistungerschleichung	33	180	60	5	21	11	310
Beleidigung pp. auf sexueller (sex.) Grundlage	6	3	3	2	3	4	21
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	106	124	140	106	94	64	634
Betrug	65	55	121	180	53	45	519
Brandstiftung	2	1	1	2	0	3	9
Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen (Kfz)	17	6	12	32	19	22	108
Erpressung	1	3	0	0	4	9	17
Fahrraddiebstahl	27	12	18	13	22	16	108
Geld-, Wertzeichenfälschung	11	0	7	4	1	1	24
Geschäfts- und Betriebseinbruch	8	30	24	14	9	4	89
Hausfriedensbruch	25	27	23	38	32	17	162
Hehlerei	16	23	15	11	11	12	88
Keller- und Bodeneinbruch	3	0	5	0	2	0	10
Konkursstraftaten	3	0	0	2	3	2	10
Körperverletzung	257	270	253	244	240	150	1414
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	92	118	98	93	78	84	563
Kraddiebstahl	1	2	5	2	0	2	12
Kraftwagendiebstahl	7	6	5	1	0	0	19

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	gesamt
Ladendiebstahl	32	28	36	17	18	23	154
Menschenhandel	0	0	0	0	1	0	1
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	0	0	0	2	0	2	4
Mord und Totschlag	1	1	0	2	1	0	5
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	72	70	65	66	268	61	602
Raub	48	64	65	56	68	73	374
Sachbeschädigung	55	41	45	48	47	48	284
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	43	76	58	53	48	34	312
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	0	0	0	0	1	0	1
Sachbeschädigung Feuer	2	1	0	0	2	0	5
sexueller Missbrauch von Kindern	1	0	0	1	0	2	4
sonstige Straftaten StGB	4	7	8	10	9	12	50
sonstiger besonders schwerer Diebstahl (BSD)	6	7	12	8	14	2	49
sonstiger einfacher Diebstahl (EFD)	49	56	67	46	122	68	408
strafrechtliche Nebengesetze	31	19	17	20	41	15	143
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	18	11	16	13	14	23	95
Straftaten gegen das Aufenthaltsgesetz/Asylgesetz/	425	495	583	683	696	450	3332

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	gesamt
Freizügigkeitsgesetz (AufenthG/AsylG/FreizügG)							
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	24	30	23	21	29	12	139
Straftaten i.Z.m. Betäubungsmittelgesetz/Neu- psychoaktive-Stoffe-Gesetz (BtmG/NpSG)	879	1094	1367	1167	1211	913	6631
Taschendiebstahl	27	34	17	21	30	39	168
Trickdiebstahl	3	3	2	1	2	2	13
Umweltdelikte	4	2	71	0	5	2	84
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	1	1	2	1	1	2	8
Unterschlagung	32	22	31	30	50	47	212
Urkundenfälschung	18	20	30	23	12	7	110
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	9	9	4	8	5	8	43
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	4	0	0	1	0	0	5
Veruntreuung	5	0	1	0	3	0	9
Vortäuschung einer Straftat	2	1	1	1	1	0	6
weitere Sexualdelikte	12	10	15	12	12	11	72
Wettbewerbs-, Korruptions-, Amtsdelikte	7	4	3	4	4	8	30
Widerstand/Tätlicher Angriff	87	105	87	88	90	60	517
Wohnungseinbruch	8	1	5	2	2	5	23
gesamt	2589	3073	3424	3156	3448	2375	18065

Quelle: DWH FI, Stand: 13. Oktober 2023

Anzahl der Vorgänge mit mindestens einer ermittelten tatverdächtigen Person am kbO Görlitzer Park/ Wrangelkiez

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Automateneinbruch	0	1	2	2	58	0	63
Baustelleneinbruch	0	1	0	0	0	0	1
Beförderungs-, Leistungerschleichung	33	180	62	5	21	13	314
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	8	5	3	4	4	4	28
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	121	128	146	110	101	68	674
Betrug	85	94	138	227	173	72	789
Brandstiftung	2	1	1	4	2	4	14
Computerkriminalität	1	0	0	0	0	0	1
Diebstahl an/aus Kfz	19	12	17	49	32	48	177
Erpressung	4	4	0	1	6	13	28
Fahrraddiebstahl	29	17	22	18	31	29	146
Geld-, Wertzeichenfälschung	12	0	5	4	1	1	23
Geschäfts- und Betriebseinbruch	8	20	24	18	12	9	91
Hausfriedensbruch	25	24	20	33	35	22	159
Hehlerei	15	22	17	11	12	13	90
Keller- und Bodeneinbruch	5	1	5	0	5	3	19
Konkursstraftaten	3	0	0	2	2	2	9
Körperverletzung	306	303	298	288	288	217	1700
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	91	122	107	88	113	103	624
Kraddiebstahl	1	1	4	1	0	2	9

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Kraftwagendiebstahl	5	5	4	1	1	0	16
Ladendiebstahl	34	27	38	17	22	23	161
Menschenhandel	0	0	0	0	1	0	1
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	0	0	0	2	0	1	3
Mord und Totschlag	1	1	0	2	1	0	5
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	81	84	66	80	287	71	669
Raub	82	132	86	108	140	135	683
Sachbeschädigung	41	38	45	53	52	51	280
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	48	87	62	58	49	58	362
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	0	1	0	0	1	0	2
Sachbeschädigung Feuer	2	1	0	0	2	0	5
sexueller Missbrauch von Kindern	2	0	0	1	0	2	5
sonstige Straftaten StGB	4	8	8	10	11	14	55
sonstiger BSD	5	6	8	11	14	9	53
sonstiger EFD	122	160	121	111	226	187	927
strafrechtliche Nebengesetze	35	32	18	20	40	15	160
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	13	13	16	14	10	19	85
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	426	493	579	684	697	450	3329
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	27	39	17	23	24	12	142

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Straftaten i.Z.m. Btm/NpSG	879	1085	1362	1154	1211	920	6611
Taschendiebstahl	69	102	86	77	99	101	534
Trickdiebstahl	11	8	6	7	5	7	44
Umweltdelikte	4	2	17	0	6	2	31
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	1	2	3	1	1	2	10
Unterschlagung	31	23	38	34	57	55	238
Urkundenfälschung	20	18	29	23	12	7	109
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	11	8	9	14	10	9	61
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	2	0	0	1	0	0	3
Veruntreuung	5	0	1	0	2	0	8
Vortäuschung einer Straftat	2	1	1	1	1	0	6
weitere Sexualdelikte	15	14	18	16	16	14	93
Wettbewerbs-, Korruptions-, Amtsdelikte	4	4	2	5	6	7	28
Widerstand/tätlicher Angriff	87	107	90	89	92	61	526
Wohnungseinbruch	8	3	7	3	6	10	37
gesamt	2845	3440	3608	3485	3998	2865	20241

Quelle: DWH FI, Stand: 13. Oktober 2023

Anzahl ermittelter tatverdächtiger Personen am Leopoldplatz

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Automateneinbruch	0	0	0	0	0	1	1
Beförderungs-, Leistungerschleichung	57	120	132	75	81	61	526
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	1	0	1	1	2	0	5
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	44	58	65	59	64	66	356
Betrug	62	127	51	83	80	63	466
Brandstiftung	1	1	1	2	1	0	6
Computerkriminalität	1	0	0	0	0	0	1
Diebstahl an/aus Kfz	0	3	5	2	3	9	22
Erpressung	1	1	1	1	8	0	12
Fahrraddiebstahl	6	11	2	4	9	11	43
Geld-, Wertzeichenfälschung	5	1	5	5	0	2	18
Geschäfts- und Betriebseinbruch	0	2	8	2	4	8	24
Hausfriedensbruch	97	260	105	48	38	54	602
Hehlerei	6	7	7	11	12	9	52
Keller- und Bodeneinbruch	0	0	0	0	0	4	4
Konkursstraftaten	0	6	2	0	0	0	8
Körperverletzung	174	215	228	170	212	130	1129
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	30	28	51	31	59	56	255
Kraddiebstahl	2	0	2	0	0	0	4
Kraftwagendiebstahl	0	1	2	1	0	2	6

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Ladendiebstahl	343	244	149	72	93	46	947
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	2	2	2	1	7	0	14
Mord und Totschlag	2	3	1	3	0	1	10
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	32	62	61	63	82	69	369
Raub	17	24	27	12	23	16	119
Sachbeschädigung	20	39	68	35	18	24	204
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	22	13	9	15	17	7	83
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	1	0	0	0	2	0	3
Sachbeschädigung Feuer	3	0	1	2	1	0	7
sexueller Missbrauch von Kindern	0	2	0	3	0	2	7
sonstige Straftaten StGB	10	20	5	22	16	11	84
sonstiger BSD	5	6	4	6	4	0	25
sonstiger EFD	29	35	26	22	29	29	170
strafrechtliche Nebengesetze	22	14	8	16	9	25	94
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	10	28	23	15	11	16	103
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	15	17	9	22	31	39	133
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	9	10	12	10	9	12	62
Straftaten i.Z.m. Btm/NpSG	203	210	202	240	170	187	1212
Taschendiebstahl	20	5	9	9	25	3	71

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Trickdiebstahl	0	0	0	2	0	2	4
Umweltdelikte	3	3	46	1	0	1	54
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	1	5	2	3	2	2	15
Unterschlagung	13	10	12	14	18	9	76
Urkundenfälschung	22	26	9	14	20	12	103
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	1	5	3	5	4	2	20
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	2	6	2	0	2	0	12
Veruntreuung	1	10	3	2	0	2	18
Vortäuschung einer Straftat	0	3	0	1	1	0	5
weitere Sexualdelikte	4	8	13	8	9	8	50
Wettbewerbs-, Korruptions-, Amtsdelikte	0	1	0	1	2	0	4
Widerstand/Tätlicher Angriff	16	20	17	18	30	18	119
Wohnungseinbruch	3	4	2	1	4	3	17
gesamt	1318	1676	1393	1133	1212	1022	7754

Quelle: DWH FI, Stand: 16. Oktober 2023

Anzahl der Vorgänge mit mindestens einer ermittelten tatverdächtigen Person am Leopoldplatz

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Automateneinbruch	0	0	0	0	0	1	1
Beförderungs-, Leistungerschleichung	57	120	132	75	81	61	526
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	1	0	1	1	2	0	5
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	43	55	63	54	61	60	336
Betrug	54	102	40	76	76	46	394
Brandstiftung	1	1	1	1	1	0	5
Computerkriminalität	1	0	0	0	0	0	1
Diebstahl an/aus Kfz	0	3	3	2	3	8	19
Erpressung	1	1	1	1	7	0	11
Fahrraddiebstahl	6	5	2	4	6	10	33
Geld-, Wertzeichenfälschung	3	1	4	3	0	1	12
Geschäfts- und Betriebseinbruch	0	2	8	2	3	8	23
Hausfriedensbruch	82	186	100	46	34	46	494
Hehlerei	6	6	6	7	11	9	45
Keller- und Bodeneinbruch	0	0	0	0	0	4	4
Konkursstraftaten	0	3	1	0	0	0	4
Körperverletzung	163	203	202	156	203	130	1057
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	23	25	37	23	46	39	193
Kraddiebstahl	1	0	2	0	0	0	3
Kraftwagendiebstahl	0	1	2	1	0	1	5

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Ladendiebstahl	329	232	142	67	81	45	896
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	2	2	1	1	7	0	13
Mord und Totschlag	1	1	1	1	0	1	5
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	31	58	55	61	73	69	347
Raub	14	18	16	12	19	14	93
Sachbeschädigung	20	34	44	29	17	20	164
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	15	13	8	11	15	7	69
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	1	0	0	0	2	0	3
Sachbeschädigung Feuer	3	0	1	2	1	0	7
sexueller Missbrauch von Kindern	0	2	0	3	0	2	7
sonstige Straftaten StGB	9	17	5	17	13	10	71
sonstiger BSD	5	4	2	3	2	0	16
sonstiger EFD	27	33	24	22	24	28	158
strafrechtliche Nebengesetze	22	13	8	16	9	24	92
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	9	18	18	12	8	15	80
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	15	17	9	22	31	39	133
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	9	10	10	10	9	13	61
Straftaten i.Z.m. Btm/NpSG	197	202	194	228	165	184	1170
Taschendiebstahl	12	5	7	6	12	4	46

Anlage zur Frage 7 der Drs. 19/16971

Delikt (Verdacht)	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 30.09.)	Gesamt
Trickdiebstahl	0	0	0	2	0	2	4
Umweltdelikte	3	3	14	1	0	1	22
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	1	3	2	2	2	3	13
Unterschlagung	12	10	12	14	18	9	75
Urkundenfälschung	19	25	9	14	20	11	98
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	1	5	3	5	4	3	21
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	2	5	2	0	2	0	11
Veruntreuung	1	5	2	1	0	2	11
Vortäuschung einer Straftat	0	3	0	1	1	0	5
weitere Sexualdelikte	4	7	13	8	9	8	49
Wettbewerbs-, Korruptions-, Amtsdelikte	0	1	0	1	1	0	3
Widerstand/tätlicher Angriff	16	20	17	18	30	19	120
Wohnungseinbruch	2	4	2	1	1	3	13
gesamt	1224	1484	1226	1043	1110	960	7047

Quelle: DWH FI, Stand: 16. Oktober 2023